

SPEZIAL-
AUSGABE

PUBLIC EYE MAGAZIN
Nr. 46 – Februar 2024

JAHRESBERICHT 2023



Public Eye

Public Eye lässt sich nicht einschüchtern



Inhalt

- 4 Rohstoffe
- 8 Pestizide
- 12 Clean Clothes Campaign
- 16 Gesundheit
- 20 Demokratie und Transparenz
- 23 Handelspolitik
- 26 Slapps
- 28 Konzernverantwortung
- 30 Freiwillige
- 33 Schulbesuche
- 34 Podcast
- 35 Organisation
- 42 Dank
- 43 Jahresrechnung 2023
- 51 Mission

Liebe Freundinnen und Freunde von Public Eye

Das vergangene Jahr hat uns einmal mehr gezeigt, welche Verantwortung wir als Nichtregierungsorganisation tragen, die journalistisch arbeitet und für unabhängige und deshalb oft unbequeme Information einsteht.

Mit ihren Recherchen beleuchtet Public Eye soziale Ungerechtigkeiten und deckt skrupellose Umweltverletzungen auf. Das bewegt die Gemüter und regt Diskussionen an, hilft uns aber auch, komplexe Zusammenhänge zu begreifen. Der Handel mit Rohstoffen wie Kohle und Öl, Syngentas Exporte von in der Schweiz verbotenen Pestiziden, intransparente Abkommen zwischen den Schweizer Behörden und der Pharmaindustrie, nur schleppende Fortschritte bei der Verbesserung

der Arbeitsbedingungen in der Textilbranche, die klimaschädliche Fast-Fashion-Industrie: In all diesen Themenbereichen hat sich Public Eye erfolgreich Gehör verschafft, sowohl in den Medien als auch in der Politik. Unsere vielfältigen und fundierten Recherchen sowie unser Podcast sind ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die bestehenden Ungerechtigkeiten.

Darüber hinaus engagiert sich Public Eye in einer neu gegründeten Allianz von NGOs und Schweizer Medienschaffenden: Gemeinsam kämpfen wir gegen die immer zahlreicheren Versuche, kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft und den Medien zum Schweigen zu bringen.

Public Eye lässt sich nicht einschüchtern! Vor dem Hintergrund eines unzureichenden gesetzlichen Schutzes von Medien und NGOs organisieren wir uns, schmieden Allianzen und setzen unser Engagement fort. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Im Namen des Vorstands und des gesamten Teams von Public Eye danken wir Ihnen ganz herzlich für Ihre wertvolle Unterstützung. Ohne Sie würden wir nicht weiterkommen!

Alessia Jemetta und Fred Sommer, Co-Präsidium Public Eye



PUBLIC EYE MAGAZIN

Spezialausgabe
Jahresbericht 2023, Nr. 46
Februar 2024

—
ISSN 2504-1266

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

—
REDAKTION Roman Bolliger (D)
und Ariane Bahri (F)
ÜBERSETZUNG Maxime Ferréol
GRAFIK Karin Hutter, Fundtastic AG
FOTOGRAFIE Marion Nitsch
DRUCK Stämpfli Kommunikation
PAPIER Rebello & PerlenValue, FSC
AUFLAGE D: 37 000 Ex./F: 11 500 Ex.

—
KONTAKT Public Eye
Dienersstrasse 12, Postfach,
8021 Zürich, +41 (0) 44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

SPENDENKONTO
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

Die Rohstoffhändler profitieren von Krieg und Krisen

Der Krieg in der Ukraine lässt die Rohstoffpreise in die Höhe schnellen und beschert den Händlern beispiellose Gewinne. In der Schweiz ist die Branche, die sich in Windeseile neu ausgerichtet und an die Sanktionen gegen Öl und Kohle aus Russland angepasst hat, mittlerweile grösser als der Finanzsektor. Und doch versucht sie weiterhin, sich Steuervorteile zu verschaffen.

«Nur zwei Dinge auf dieser Welt sind uns sicher: der Tod und die Steuer.» Das Jahr 2023 hätte Benjamin Franklin eines Besseren belehrt. Während die Ostukraine seit zwei Jahren unter Beschuss steht, nutzen Rohstoffhändler die Versorgungsunsicherheit aus, um satte Gewinne einzufahren. Gleichzeitig schielen sie auf weitere Steuerenkungen. In einer immer stärker polarisierten Welt ist nicht einmal die Steuer mehr sicher.





2023 hat sich das Rohstoff- und Finanzteam von Public Eye ausführlich mit den wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekrieges befasst. Anfang Jahr enthüllte unsere Recherche zu den Krisengewinnen die historisch hohen Erträge, welche die Rohstoffhändler in Krisenzeiten erzielen, in denen Millionen von Menschen aufgrund steigender Nahrungsmittel- und Energiepreise Hunger leiden. Bereits die Pandemiejahre 2020 und 2021 hatten sich für den Schweizer Rohstoffhandel als profitabel erwiesen. 2022

toppte alles: Der Bergbaugigant Glencore steigerte seinen Gewinn auf über 17 Milliarden US-Dollar, mehr als dreimal so viel wie im Vorjahr, und Cargill, weltweite Nummer 1 im Agrarhandel, erzielte mit 6,7 Milliarden US-Dollar den höchsten Gewinn in seiner Geschichte.

Sanktionen verändern die Spielregeln

Die Sanktionen gegen Öl und Kohle aus Russland haben Auswirkungen auf die Handelsströme und die Ausrichtung gewisser Unternehmen. Im Januar und Juni nahmen wir Sie mit auf eine Reise in die Kohleminen von Australien und Indonesien und folgten ihren Spuren, die zurück in die Schweiz führen. Die Unternehmen, welche die Minen betreiben, profitieren enorm von den steigenden Preisen und exportieren Braunkohle und Steinkohle über Zehntausende Kilometer nach Europa – ein echter Klimakiller. Hinzu kommen Probleme wie Landgrabbing sowie die Luft- und Wasserverschmutzung vor Ort.

Im März beschäftigten uns die Sanktionen gegen russische fossile Brennstoffe. Während die Einfuhr von Rohöl und raffiniertem Öl auf dem Seeweg nach Europa verboten ist und in rund 40 Ländern ein Preisdeckel für den Handel gilt, hat Russland auf dem asiatischen Kontinent neue Abnehmer gefunden. In Dubai und Hongkong sind neue Firmen entstanden, die das



russische Öl weiterverkaufen. Doch auch hier bestehen teilweise Verbindungen in die Schweiz – mindestens zwei dieser «Pop-ups» sind ganz offiziell hierzulande registriert. Sie tauchten aus dem Nichts auf und schaff-

ten es, Ladungen von mehreren Millionen Barrel an Land zu ziehen, wie wir in unserer Recherche «Die Schweiz und der Handel mit russischem Öl: Ein trügerischer Abschied?» zeigten.

Ende November nahmen wir Sie mit nach Dubai, auf Reportage in der Stadt in den Emiraten, die Genf vorübergehend für den Handel mit russischem Öl zu ersetzen scheint.

Stärker als der Finanzsektor

Unter dem Strich haben die Entwicklungen auf den internationalen Rohstoffmärkten die Preise aufgebläht und ein massives Wachstum der Branche in der Schweiz ausgelöst. Heute sind acht der zehn umsatzstärksten Firmen hierzulande Rohstoffhändler. Dank den «Geschäftserfolgen» der Krisenjahre wächst auch der Anteil des Sektors am Bruttoinlandprodukt. Waren es 2021 schon satte 8 %, lag der Anteil des Transithandels 2022 bereits bei 10 %. Damit überholte der Sektor erstmals den Finanzplatz, der bei knapp 9 % liegt.

Im Gegensatz zu Letzterem wacht aber keine Aufsichtsbehörde über die skandalträchtige Boombranche.

Auch haben Parlament und Bundesrat jüngst eine Übergewinnsteuer auf Rekordprofite abgelehnt. Mit einer kohärenten Datengrundlage zum Sektor tut sich die Schweiz ebenfalls schwer. Der im Mai 2023 veröffentlichte Rohstoffbericht des Bundes brachte nicht das erwartete Licht ins Dunkel, und so fehlen weiterhin offizielle Statistiken zu Wertschöpfung und Warenflüssen. Auf dieser Datengrundlage liessen sich auch 2023 keine politisch informierten Entscheide fällen.

Dies zeigte sich nicht zuletzt bei den parlamentarischen Diskussionen rund um die Tonnagesteuer. Unternehmen, die in der Hochseeschifffahrt tätig sind, sollen nicht mehr einer ordentlichen Gewinnsteuer unterliegen, sondern pauschal aufgrund der Ladekapazität ihrer Schiffe besteuert werden. Wie in unserer Recherche zum Schifffahrtsstandort Schweiz aufgezeigt, wäre diese geplante Steuer ein eklatantes Privileg für eine ausgewählte Branche: Gerade Rohstoffhändler, die selbst grosse Flotten betreiben, könnten so Gewinne auf ihre Schiffsparten umbuchen und ihre Steuerlast verringern. Da es jedoch auch zum Schifffahrtssektor kaum verlässliche, offizielle Zahlen gibt, bleibt unklar, wie gross dieses Risiko und damit die drohenden Mindereinnahmen für den Fiskus wären. Und so setzt sich der rohstoffpolitische Blindflug auch 2024 fort. ■

Ausblick

- ▶ Zwei Jahre nach der russischen Invasion der Ukraine werden wir eine Recherche über Getreideplünderungen in den besetzten ukrainischen Gebieten veröffentlichen, die im Sommer 2023 stattfanden.
- ▶ 2024 feiern wir ausserdem das zehnjährige Bestehen der ROHMA. Die Aufsichtsbehörde für den Rohstoffhandel, eine Vision von Public Eye in Anlehnung an die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA, ist notwendiger denn je. Dieses Jahr werden wir eine Übersicht über sämtliche Skandale dieses Sektors erstellen.
- ▶ Schliesslich werden wir auch zeigen, dass die Schweiz ein verkanntes Bergbauand ist – eine Entwicklung, die noch eine Weile andauern dürfte. Während die Rohstoffhändler ihre Kriegskasse aufbessern, bereiten sie sich auf neue Geschäfte vor und kaufen dafür auf der ganzen Welt Infrastruktur ein.

Handel mit hochgefährlichen Pestiziden unter Druck

Noch immer exportieren die Schweiz und die EU Pestizide, die bei uns als zu umwelt- oder gesundheitsschädlich gelten. Doch der Handel mit diesen Stoffen gerät politisch zunehmend unter Druck. Das Schweizer Parlament will, dass Rückstände von bei uns verbotenen Pestiziden bei Importlebensmitteln künftig nicht mehr toleriert werden.

Wie unsere Auswertung von Daten des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zeigte, wurden 2021 Rückstände oder Abbauprodukte von 57 verschiedenen verbotenen Pestiziden in Lebensmitteln nachgewiesen, die von ausserhalb der EU in die Schweiz importiert wurden. Mehr als ein Drittel dieser aufgrund eines Verdachts oder Risikos getesteten Lebensmittel enthielt Spuren von einem oder mehreren solchen Pestiziden. Unter den am häufigsten nachgewiesenen Substanzen waren viele, die von den europäischen Behörden als für Menschen gesundheitsschädlich oder für die

Umwelt und insbesondere für Bienen hochproblematisch eingestuft werden. Obwohl diese Gifte von Schweizer Feldern verbannt wurden, können sie auf exotische Früchte, Gewürze, Gemüse und andere Lebensmittel gespritzt werden, welche die Schweiz aus Ländern wie Indien, Brasilien, der Türkei oder Thailand importiert.

Eigentlich sind solche Rückstände verbotener Pestizide schon



lange untersagt. Doch für zahlreiche Stoffe werden Ausnahmen – sogenannte Einfuhrtoleranzen – gewährt, solange das damit behandelte Lebensmittel als für den Konsum gesundheitlich unbedenklich eingeschätzt wird. Unberücksichtigt bleiben dabei jedoch die Umwelt und die Gesundheit der in der Landwirtschaft Beschäftigten, die den Giften direkt und oft schutzlos ausgesetzt sind.

Das Parlament befand diese Situation für inakzeptabel. Im letzten Juni hat es einer Motion von Christine Badertscher (Grüne) zugestimmt, die für Rückstände aller aus Umwelt- und Gesundheitsschutzgründen verbotenen Pestizide eine konsequente Nulltoleranz fordert. Nun ist es am Bundesrat, eine entsprechende Regelung zu erarbeiten und damit einen Anreiz zu schaffen, dass die gefährlichen Stoffe in Drittländern nicht mehr verwendet werden. Auch die EU hat das Problem kürzlich erkannt und will ihrerseits die Rückstandsgrenzen anpassen.

Syngenta-Pestizid im Trinkwasser von Costa Rica

Neben dem Import muss dringend auch der Export besser reguliert werden. Denn häufig werden die verbotenen Pestizide bei uns produziert und von Europa aus exportiert, bevor Spuren davon über Lebensmittel zurück zu uns gelangen. Zwar hat der Bundesrat die Ausfuhrbedingungen für verbotene Pestizide 2020 verschärft. Doch Dut-



zende Pestizide, die in den letzten Jahren in der Schweiz verboten wurden, sind von diesen Exportverschärfungen nicht betroffen. Da für diese Substanzen nicht einmal eine Meldepflicht gilt, entgeht ihre Ausfuhr jeglicher behördlichen Kontrolle. Von uns ausgewertete Daten von EU-Behörden legen aber nahe, dass Syngenta, die im Wallis ihre weltgrösste Produktionsstätte hat, aus der Schweiz mehrere solche europaweit verbotenen Pestizide exportiert, darunter das für Bienen hochgiftige Thiamethoxam.

In der EU ist Syngenta die grösste Exporteurin dieses Insektizids aus der Klasse der Neonikotinoide. Wie

wir letztes Jahr aufdeckten, meldete der Basler Konzern allein 2021 mehr als 10 000 Tonnen des «Bienenkillers» zum Export aus mehreren EU-Ländern an. Syngenta ist auch die grösste EU-Exporteurin des Fungizids Chlorothalonil, seit dieses 2019 in der EU und anschliessend in der Schweiz verboten wurde. Chlorothalonil ist von der EU als vermutlich krebserregend eingestuft und birgt

ein hohes Risiko für Gewässerverschmutzung. In Costa Rica – wo Syngenta die wichtigste Verkäuferin von chlorothalonilhaltigen Fungiziden ist – ist das Trinkwasser von zwei Dörfern derart mit dem Pestizid kontaminiert, dass die Bevölkerung von Tanklastwagen mit Wasser versorgt werden muss. Das zeigte unsere Reportage vom letzten Juni. Die nachgewiesenen Chlorothalonil-Werte überstiegen die gesetzlichen Grenzwerte Costa Ricas um das bis zu 200-Fache.

Giftkreislauf stoppen

Nachdem wir mit Uearthed (der Investigativabteilung von Greenpeace Grossbritannien) bereits 2020 zum ersten Mal das Ausmass der Exporte verbotener Pestizide aus der EU aufgedeckt hatten, verpflichtete sich die EU-Kommission dazu, einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten, um diesen Handel zu stoppen. Doch das Vorhaben wurde unter dem Druck der Chemielobby mehrfach verzögert, sodass die Gesetzesvorlage der Kommission bis heute auf sich warten lässt.

Derweil sind verschiedene Staaten der EU zuvorgekommen und haben nationale Exportverbote erlassen. In Frankreich ist der Export verbotener Pestizide bereits seit 2022 nicht mehr erlaubt, und Belgien hat im Juni 2023 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Zuvor





hatten unsere Enthüllungen, wonach Belgien zu den grössten Exporteuren von verbotenen Pestiziden aus der EU gehörte, in den belgischen Medien grosse Wellen geschlagen. Auch die deutsche Regierung plant, solche Exporte künftig zu verbieten.

Und im letzten März erklärte schliesslich auch der Schweizer Umweltminister Albert Rösti im Ständerat, dass die Schweiz «grundsätzlich» auch die Ausfuhr der heute noch nicht von den aktuellen Exportregelungen erfassten Stoffe verbieten wolle, «wenn die Umwelt oder die Gesundheit von Menschen gefährdet» werde. Doch bisher hat der Bundesrat diesen Worten keine Taten folgen

Ausblick

► Dieses Jahr wollen wir Druck auf die Schweiz ausüben, dass sie den Handel mit verbotenen Pestiziden endlich transparent macht und die nötigen Massnahmen ergreift, um diesem Geschäft ein Ende zu setzen. Zudem werden wir den Druck auf die EU und insbesondere auch auf einzelne europäische Staaten aufrecht-erhalten, solche Exportverbote einzuführen oder bestehende Verbote lückenlos umzusetzen.

► Zudem setzen wir uns auf UNO-Ebene für eine schlagkräftige Allianz ein, die den globalen Ausstieg aus hochgefährlichen Pestiziden vorwärtsbringt. Die Schaffung einer solchen Allianz wurde im Herbst 2023 an der internationalen Chemikalienkonferenz im Grundsatz beschlossen – auch dank dem Engagement des Pesticide Action Network, bei dem Public Eye Mitglied ist.

lassen. Dabei wäre es höchste Zeit, dass die Schweiz als Sitzstaat des weltgrössten Pestizidherstellers nicht nur die Einfuhr über Importlebensmittel, sondern auch die Ausfuhr hochgiftiger Substanzen stoppt. ■

Flugmode, Lohnkämpfe und zehn Jahre Rana Plaza

Im April jährte sich der Einsturz des Fabrikkomplexes Rana Plaza zum zehnten Mal. Dank dem Bangladesh Accord und seinen Nachfolgeabkommen hat sich bei der Sicherheit am Arbeitsplatz seither viel verbessert. Mit Sorge und Wut erfüllt uns hingegen die Auseinandersetzung um den Mindestlohn für die Textilarbeiter*innen in Bangladesch: Zum ersten Mal seit fünf Jahren wurde dieser neu bestimmt, doch mit lediglich 100 Franken pro Monat bleibt er ein absoluter Hungerlohn. Proteste dagegen werden kriminalisiert und mit massiver Gewalt unterdrückt.

Am 24. April 2023 jährte sich der Fabrikeinsturz in Bangladesch, bei dem 1138 Menschen starben und über 2000 weitere verletzt wurden, bereits zum zehnten Mal. Zum Gedenken an die Betroffenen organisierte Public Eye auf dem Berner Waisenhausplatz eine Mahnwache. Denn die Opfer und deren Familien kämpfen noch heute mit den Folgen des Super-GAU der Fast-Fashion-Industrie. Sie brauchen unsere Solidarität und Politiker*innen,

die dafür sorgen, dass die Näher*innen unserer Kleider von ihrer Arbeit in Würde leben können.

Seit 2013 hat sich die Arbeitssicherheit in Bangladesch erhöht: Mit dem Bangladesh Accord konnte ein Abkommen umgesetzt werden, das für Millionen von Arbeiter*innen Verbesserungen brachte. Das Nachfolge-





abkommen lief im Oktober aus. Nach monatelangen Verhandlungen, die von aktiver Kampagnenarbeit der Clean Clothes Campaign begleitet wurden, einigten sich die internationalen Gewerkschaftsverbände und Vertreter*innen der Modefirmen Ende Oktober 2023 auf ein neues internationales Abkommen für Gesundheit und Arbeitssicherheit. Dieses bewahrt nicht nur das durch den Bangladesh Accord eingeführte, erfolgreiche Modell, sondern baut es international weiter aus.

Trotzdem braucht es unsere Arbeit weiterhin, denn die Geschäftsmodelle der Branche sind weitgehend dieselben geblieben: ausbeuterische Einkaufspraktiken, prekäre Arbeitsbedingungen, Unterdrückung von Gewerkschaften, Verschwendung von Ressourcen und Armutslöhne. Gerade die viel zu niedrigen Mindestlöhne, die Proteste dagegen und die Repression gegen die Arbeiter*innen und Gewerkschaften in Bangladesch sind sehr besorgniserregend.

Beschämende 100 Franken im Monat

Das Arbeitsministerium von Bangladesch hat am 7. November 2023 für die 4,4 Millionen Textilarbeiter*innen des Landes einen neuen Mindestlohn von 12 500 Taka (rund 100 Franken) vorgeschlagen. Dies liegt weit unter den von den freien Gewerkschaften geforderten 23 000 Taka. Dieser Betrag wäre nach Studien nötig, um die in der Textilindustrie Beschäftigten über die Armutsgrenze zu bringen.

Der neue vorgeschlagene Mindestlohn hingegen verdammt die Arbeiter*innen dazu, in den nächsten fünf Jahren weiter ums nackte Überleben zu kämpfen. Betroffene haben daher ihre demokratischen Rechte wahrgenommen und gegen diese empörende Entscheidung protestiert. Sie treten für einen Lohn ein, der ein Leben in Würde ermöglicht.

Viele protestierende Arbeiter*innen wurden Opfer von Gewalt und Repression von Seiten der Arbeitgeber und staatlicher Organe. Bislang wurden mindestens vier Beschäftigte während der Proteste getötet und Dutzende verletzt, nachdem sie der Gewalt durch Sicherheitskräfte sowie mutmasslich von einigen Fabrikeignern beauftragten Schlägern ausgesetzt waren. Gegen viele Protestierende wurden fragwürdige juristische Verfahren eingeleitet,



es sind Vergeltungsmassnahmen zu befürchten.

Nach China ist Bangladesch das zweitwichtigste Herkunftsland für Bekleidung in der Schweiz: Fast ein Fünftel der importierten Kleidung stammte 2022 aus dem Land. Die Schweiz steht darum in besonderer Verantwortung, die Menschenrechte jener zu schützen, die diese Produkte herstellen.

Die Regierung von Bangladesch sollte die Menschenrechte der Be-

troffenen gerade auch in Zeiten grosser politischer und wirtschaftlicher Spannungen achten und sie vor jeglicher Form von Vergeltungsmassnahmen schützen. Verantwortung tragen jedoch auch die internationalen Modefirmen, die sich geweigert haben, die Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen Armutslöhne zu unterstützen. Die Clean Clothes Campaign rief internationale Markenfirmen mehrfach dazu auf, die Gewerkschaftsforderung nach einem Mindestlohn von 23 000 Taka ausdrücklich zu unterstützen und den Lieferanten zu versichern, dass sie die Einkaufspreise entsprechend der Erhöhung der Arbeitskosten anpassen würden. Doch die allermeisten Firmen blieben untätig.

Wie Fast Fashion mit Flugmode das Klima anheizt

Fast-Fashion-Konzerne wie Zara setzen auf kurzlebige Modetrends und tauschen im Wochenrhythmus ihre Kollektionen aus. Um diese so schnell wie möglich in die Läden zu liefern, lassen sie Hunderttausende Ton-

Ethische Mode jetzt



nen Kleider in der Welt herumfliegen. Ein Trend, der unser Klima massiv schädigt – denn Flugmode ist beim Transport rund 14-mal klimaschädlicher als Kleidung, die hauptsächlich auf dem Seeweg transportiert wird.

Das Fast-Fashion-Label Zara hat diese Entwicklung auf die Spitze getrieben. Nach unseren Recherchen fertigt der spanische Mutterkonzern Inditex allein in Zaragoza jede Woche 32 Frachtflugzeuge ab, mit jeweils bis zu 100 Tonnen Kleidern an Bord. Das sind im Jahr über 1600 Flüge. Zara inszeniert sich

gerne als umweltfreundlich und nachhaltig. Ein Etikettenschwindel: Denn mit ihrer Flugmode heizt Zara tagtäglich den Überkonsum und die Klimakrise an. Wir forderten daher mit einer von über 20 000 Personen unterzeichneten Petition von Zara und Co. den Ausstieg aus der klimaschädlichen Flugmode. ■

Ausblick

► Das Thema Greenwashing und die Frage, wie die Modeindustrie einen tatsächlichen sozialökologischen Wandel herbeiführen kann, werden uns auch im kommenden Jahr beschäftigen. Was sind notwendige Reduktionsziele? Wie könnte eine Modeindustrie aussehen, welche die Grenzen des Planeten respektiert und soziale Mindeststandards gewährleistet? Recherchen zu diesen Fragestellungen werden wir auch dieses Jahr führen. Wir werden aber auch besonders frappante

Fälle von Greenwashing führender Modeunternehmen kritisch anschauen.

► Unsere Arbeit zur Unterstützung von Lohnkämpfen wird ein Schwerpunkt bleiben. Leider bewirken freiwillige Massnahmen von Modefirmen – trotz vielen schönen Worten – kaum etwas. Deshalb werden wir unsere Erwartungen an Firmen und insbesondere an die Politik als rahmensetzende Instanz schärfen und mit Nachdruck kommunizieren.

Transparenz für einen gerechten Zugang zu Medikamenten

In einer vom Bundesrat vorgeschlagenen Revision des Krankenversicherungsgesetzes soll die Geheimhaltung besonders hoher Medikamentenpreise verankert werden. Im Herbst 2023 hat sich der Nationalrat dem angeschlossen. [REDACTED]
Diese Intransparenz ist schon heute Praxis und zeigt das [REDACTED]
Machtungleichgewicht zwischen der Pharmaindustrie und den Staaten.

Nach der Zulassung eines Medikamentes durch Swissmedic handelt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) mit dem Pharmakonzern den Preis aus, zu dem dieses von der obligatorischen Krankenkasse übernommen wird, und publiziert den Preis in der Spezialitätenliste (SL). Bei der Preisverhandlung benutzt die Schweiz den Preis in anderen Ländern als Referenz und umgekehrt. Mit vertraulichen Preismodellen, die mit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG-Revision) legalisiert werden sollen, verbergen sich hinter dem offiziell publizierten Preis Rabatte und Bedingungen über zusätzliche

Studien oder Absatzmengen. Das Versprechen: tiefere geheime Preise und Gesundheitskosten sowie eine rasche Einigung zwischen dem BAG und den Konzernen und damit ein schnellerer Zugang für Patient*innen.

De facto wird aber der staatliche Preisfestset-



zungsmechanismus ausgehebelt und die Staaten gegeneinander ausgespielt. Über 30 Länder referenzieren direkt und indirekt auf den Schweizer Preis, darunter wirtschaftlich viel schwächere. Auch wenn die wirklichen Preise nicht mehr in der SL publiziert werden, können die Dokumente zu den Preisverhandlungen mittels Öffentlichkeitsgesetz (BGÖ) vom BAG verlangt werden. Um das ein für alle Mal zu verhindern, wird in der KVG-Revision zusätzlich festgehalten, dass die Modalitäten vertraulicher Preismodelle generell vom BGÖ ausgeschlossen sind. Das wäre ein absoluter Präzedenzfall. Es gibt keine anderen solchen Ausnahmen im Bereich der Sozialversicherungen – keine andere Industrie konnte bis anhin den Grundsatz von Transparenz und Rechenschaft über administrative Tätigkeiten aushöhlen.

Die heuchlerische Sorge um die Patient*innen

Die Pharmaindustrie und ihre Lobby wiederholen unaufhörlich das Mantra, dass sie einzig um den schnellen Zugang zu Medikamenten für Patient*innen besorgt seien. Es grenzt an Zynismus, wenn sie argumentieren, dass sie Umsatzeinbussen aufgrund solcher Rabatte akzeptieren würden – unter dem Motto «Der Patient im Mittelpunkt». Unabhängige Studien und Erfahrungen im Ausland zeigen nämlich, dass mit intransparenten Preisen

und geheimen Rabatten weder ein rascher Zugang noch eine langfristige Kostendämpfung garantiert sind. Vielmehr sichert eine schnellere Rückvergütung durch die obligatorische Krankenversicherung Absatzmärkte, und die Geheimhaltung vergrößert die Verhandlungsmacht der Industrie.

Der Hauptgrund für lange Verhandlungen sind die hohen Preisforderungen der Pharmakonzerne und das Machtungleichgewicht aufgrund der Monopole und der fehlenden Transparenzregulierungen. Das Narrativ der Sorge um das Wohl der Patient*innen und im Namen dessen der Bereitwilligkeit, Opfer zu erbringen, ist heuchlerisch. Denn die Profite der Pharmaindustrie sind gigantisch, auch weil öffentliche Gelder privatisiert werden. Das Argument der hohen Kosten für Forschung und Entwicklung neuer Medikamente wurde



u. a. von Public Eye widerlegt. Zudem werden hohe Gewinne als Dividenden ausbezahlt statt in Forschung und Entwicklung reinvestiert.



Geheimhaltung schon heute ohne Rechtsgrundlage

Schon heute wendet das BAG immer mehr solche vertraulichen Preismodelle an. 2019 gab es 14 Produkte mit Preismodellen, und die Höhe aller Rabatte war noch in der SL sichtbar. Im April 2023 unterlagen 64 der 111 Produkte mit Preismodellen (58 %) einem Geheimrabatt. Das BAG agiert, als hätte das Parlament die neue Gesetzesgrundlage bereits angenommen. Der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte (EDÖB) gab Public Eye im letzten Jahr zudem in einem Schlichtungsverfahren Recht: Die von uns über das BGÖ angefragten Dokumente über die Preisverhandlungen

von zehn besonders teuren Krebsmedikamenten, deren Preise nur noch teilweise auf der SL ersichtlich sind, dürfen vom BAG nicht geschwärzt werden.

Ein machtloses Bundesamt, ein pharmagläubiges Gericht und die Pirouetten des Bundesrates

Der EDÖB kritisierte, dass Pharmakonzerne das BAG unter Druck setzen, Informationen zu schwärzen, was einzig ihrer Profitmaximierung dient. Medikamentenpreise werden aber staatlich kontrolliert, und das BAG darf diesem Druck nicht nachgeben. «Saldo/K-Tipp» haben einen ähnlichen Fall weiter ans Bundesverwaltungsgericht gezogen. Ihre Beschwerde wurde im Juli 2023 abgewiesen. Besonders besorgniserregend daran ist, dass das Gericht das Narrativ der Pharmakonzerne ebenso unhinterfragt übernimmt, wie es das BAG tut.

Nun haben wir also einen Bundesrat, der argumentiert, dass eine neue gesetzliche Grundlage für die Geheimhaltung gewisser Medikamentenpreise «unabdingbar» sei, und einen Nationalrat, der dem zustimmt. Gleichzeitig haben wir ein Gericht, das dennoch die Geheimhaltung von Medikamentenpreisen schützt und somit eine Gesetzesänderung eigentlich redundant machen würde. Egal in welcher Version – Hauptsache geheim und «für einen schnellen Zugang für Patient*innen», das unhinterfragte



und unüberprüfte
Argument der Pharmaindustrie.

Ziemlich clever hat der Bundesrat nach der Vernehmlassung die KVG-Revision noch so ergänzt, dass diese auch auf hängige Verfahren anwendbar wäre. Womit der hängige Fall von «Saldo/K-Tipp», nun vor Bundesgericht, chancenlos wäre. Und zum Schluss: Gesetze werden normalerweise in Verordnungen konkretisiert. Diese werden – eigentlich logisch – nach der Verabschiedung eines Gesetzes umgesetzt. Der Bundesrat hat aber im Fall der Geheimhaltung von Medikamentenpreisen entschieden, die entsprechende Verordnung schon per 1. Januar 2024 in Kraft zu setzen, noch bevor das Gesetz überhaupt in der zweiten Kammer – dem Ständerat – diskutiert wurde. Das ist eine Missachtung der Gewaltentrennung, da die Verordnung nun Inhalte präzisiert, für die es eigentlich eine gesetzliche Basis bräuchte. ■

Ausblick

- ▶ Wir werden die Diskussion der KVG-Revision in der Gesundheitskommission und im Plenum des Ständerates verfolgen.
- ▶ Vermehrt werden uns dieses Jahr wieder die Transparenz über Forschung und Entwicklung in Bezug auf die Investitionen, die Ergebnisse der klinischen Versuche und die Respektierung der Menschenrechte der Versuchsteilnehmenden beschäftigen.
- ▶ Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen, dass endlich Transparenz über die Verbindungen der Pharmaindustrie zu Parlament und Administration herrscht.
- ▶ Wir beobachten die ambitionierten Reformpläne der EU für die Pharmaregulierung und international die Verhandlungen über das Pandemieabkommen der WHO, bei dem ein gerechter Zugang zu Medikamenten und verbindliche Regulierungen im Zentrum stehen müssen.

Demokratie ist kein Status quo

Die Frage, welche Interessen sich mit welchen Spielregeln im Politikbetrieb durchsetzen, wird stets neu verhandelt. Für den Schutz von Menschenrechten und Klima sowie für die Durchsetzung starker Massnahmen gegen Wirtschaftskriminalität sind transparente Prozesse und der Einbezug der Zivilgesellschaft unabdingbar.

Public Eye richtet das Augenmerk vermehrt auch auf staatspolitische Fragen, weil gelebte Demokratie öffentliche Debatten braucht:

Keine Regulierungsbremse: Am 13. September 2023 war es klar: Nach dem Ständerat lehnte auch der Nationalrat das demokratieschädliche Instrument aus der FDP-Küche knapp ab (96 zu 89 Stimmen, 1 Enthaltung). Mit der «Regulierungsbremse» hätten in der Bundesverfassung Sonderrechte für die Wirtschaft verankert werden sollen: Bei einer neuen Gesetzesvorlage, die für Unternehmen kostenintensiv wäre, wäre die Hürde für eine Zustimmung im Parlament höher angesetzt worden.

Gesetze zum Schutz von Klima, Umwelt und Menschenrechten hätten es dann besonders schwer gehabt. Public Eye hatte sich seit 2021 dagegen gewehrt.

Transparenz im Politikbetrieb:

Mit der Einführung der neuen Transparenzregeln in der Politikfinanzierung wurde 2023 ein erster wichtiger Schritt getan. Public Eye war im Trägerverein der Transparenz-Initiative, die zugunsten des jetzt gültigen Gegenvorschlags zurückgezogen wurde. Doch das reicht





Ausblick

Public Eye wird sich in einer Allianz mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen dafür einsetzen, dass Grundrechte gewahrt werden und der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) gesetzeskonform agiert. Die Transparenz bezüglich der politischen Einflussnahme von Konzernen muss erhöht und besser reguliert werden. Und auch der berühmte Art. 47 des Schweizer Bankengesetzes gehört endlich ins Geschichtsbuch. Public Eye deckt auf, wo politische Einflussnahme heikel wird und wie sie wirksam begrenzt werden kann. Auch im Bereich der kollektiven Rechte erarbeiten wir Grundlagen, um aufzuzeigen, wie diese gewährt und damit die von der Schweiz mitunterzeichneten UNO-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte umgesetzt werden können.

nicht aus. Auch ein UNO-Bericht aus dem Jahr 2022 hält fest, dass die Wahrscheinlichkeit für die Missachtung von Menschen- und Umweltrechten sowie für Wirtschaftskriminalität steigt, wenn es Konzernen erlaubt ist, hinter verschlossenen Türen an politischen Prozessen teilzunehmen. Public Eye setzt sich deshalb für weitere Transparenzregeln ein, u.a. für einen konsequenten öffentlichen Zugang zu Verwaltungsdokumenten (siehe Seite 16, KVG-Revision).

Kollektive Rechte für kollektiven Schaden: Auch wenn es darum geht, dass Gruppen von Menschen, die von der gleichen Rechtsverletzung betroffen sind, gemeinsam

statt einzeln vor Gericht gehen könnten, glänzt die Schweiz nicht. Seit über zehn Jahren bremsst ein Teil des Parlaments die Diskussion um die Einführung von kollektiven Rechtsinstrumenten aus. Das Recht auf einen effektiven Rechtsschutz und auf einen Zugang zu Gerichten



ist ein wichtiger Pfeiler in der Umsetzung der UNO-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte.

Gemeinsam gegen einen Maulkorb: Der Spielraum für zivilgesellschaftliches Engagement wird zudem durch Einschüchterungsklagen bedrängt. Wir setzen uns in einer Allianz für mehr Schutz vor solchen Angriffen auf kritische Debatten ein (*siehe Seite 26*). Berichten Journalist*innen und NGOs über geheime Daten aus einer Schweizer Bank, droht ihnen aufgrund von Art. 47 des

Bankengesetzes zudem eine Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren. Das verunmöglicht selbst dann eine freie Berichterstattung, wenn die Daten grosse Missstände aufzeigen würden. Diese strikte Regelung gilt seit 2015 und brachte der Schweiz international harsche Kritik ein. Dagegen wehren wir uns.

Grundrechte für alle: Der NDB sammelt eifrig Daten zu politischen Aktivitäten, obwohl das gesetzlich nicht zulässig ist. Public Eye ist mit über 400 Einträgen in den NDB-Datenbanken vermerkt. Auch andere NGOs und Bewegungen sind betroffen. Um die Frage der gesetzlichen Schutzschranke für politische Aktivitäten zu klären, hat Public Eye beim Bundesverwaltungsgericht eine Beschwerde gegen den NDB eingereicht. Das Gerichtsverfahren ist hängig. ■

Aussenwirtschaftspolitik neu denken

Um für die globalen Herausforderungen gewappnet zu sein, muss die Schweiz ihre Aussenwirtschaftspolitik neu gestalten. Eine einseitige Ausrichtung auf ihre Wirtschaftsinteressen ist nicht mehr zeitgemäss. Public Eye schlägt eine Reihe von Massnahmen vor, wie dies gelingen kann – und fordert dafür eine solide Gesetzesgrundlage.

Die vielfältige Kritik von Public Eye an der aktuellen Aussenwirtschaftsstrategie der Schweiz hat dazu beigetragen, dass im Frühjahr 2023 eine parlamentarische Initiative eingereicht wurde. Darin wird eine Revision des noch aus den 80er-Jahren stammenden Aussenwirtschaftsgesetzes gefordert. Insbesondere sollen Grundsätze und Prinzipien für internationale Abkommen definiert werden, die im Bereich der Menschen- und Arbeitsrechte sowie der Umweltstandards zu beachten sind. Der Vorstoss verlangt weiter eine verbesserte Transparenz sowie eine verstärkte Mitsprache des Parlaments und der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit der Welt.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist gelungen, indem die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates die parlamentarische Initiative angenommen hat. Im Anschluss haben wir intensiv lobbyiert, um auch die ständerätliche Schwesterkommission von unseren Anliegen zu überzeugen, dem Vorstoss zuzustimmen. Doch leider hatte diese kein Gehör dafür. Immerhin ist es gelungen, im Dezember im Nationalrat einen Vorstoss durchzubringen, der vom





Bundesrat einen Bericht verlangt, der darlegt, wie die gesetzliche Grundlage geändert werden kann, um die Aussenwirtschaftspolitik nachhaltiger zu gestalten.

Positionspapier zur Aussenwirtschaftspolitik

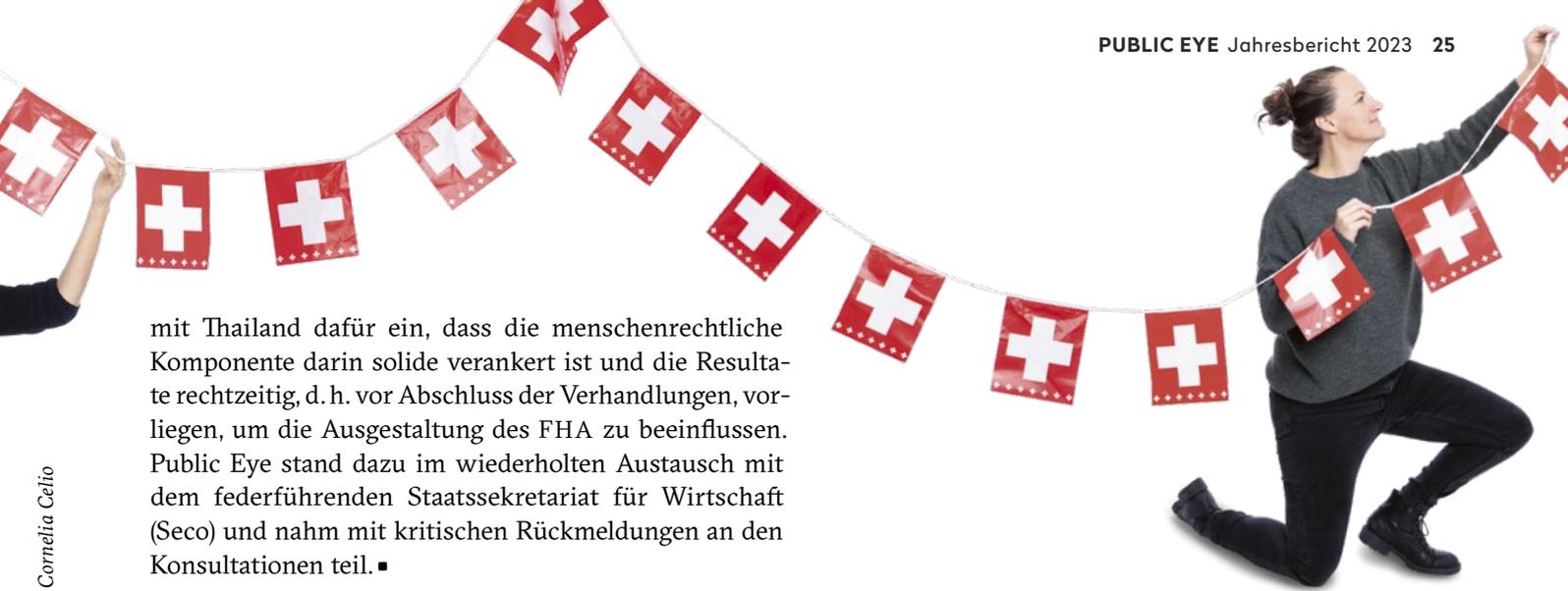
Um den politischen Druck hochzuhalten, hat Public Eye ein umfassendes Positionspapier zu einer zukunftsfähigen, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Aussenwirtschaftspolitik entwickelt.

Die handlungsleitenden Prinzipien dafür wurden von den ausserpolitischen Zielen der Bundesverfassung abgeleitet: Achtung der Menschenrechte, globale soziale Gerechtigkeit, ökologische Zukunftsfähigkeit und demokratische Gestaltungsspielräume. Das Papier skizziert auf dieser Basis für acht ausserwirtschaftspolitisch relevante Themenbereiche – vom Handel über den Finanzplatz und das Steuersystem bis zum Klima – je ein Set von Massnahmen, sowohl direkt umsetzbare wie auch langfristig anzustrebende. Diese Vorschläge zeigen konkret auf, was anders gestaltet werden müsste, und geben damit wichtige Impulse für den weiteren politischen Prozess.

Erste Nachhaltigkeitsanalyse zu Freihandelsabkommen

Im vergangenen Jahr wurde auch dank der hartnäckigen Forderung von Public Eye erstmals bereits im Vorfeld eines Freihandelsabkommens (FHA) eine Nachhaltigkeitsanalyse in Auftrag gegeben. Public Eye setzte sich im Rahmen ihrer Durchführung für das FHA





mit Thailand dafür ein, dass die menschenrechtliche Komponente darin solide verankert ist und die Resultate rechtzeitig, d. h. vor Abschluss der Verhandlungen, vorliegen, um die Ausgestaltung des FHA zu beeinflussen. Public Eye stand dazu im wiederholten Austausch mit dem federführenden Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und nahm mit kritischen Rückmeldungen an den Konsultationen teil. ■

Ausblick

► Das neue Papier über eine zukunftsfähige Aussenwirtschaftspolitik wird Public Eye in der anstehenden kritischen Begleitung der nun angestossenen Gesetzgebungsdiskussionen unterstützen und dabei helfen, das Ambitionsniveau hochzuhalten. Mit der Publikation des Papiers wird Public Eye ihrer Rolle als Themensetzerin

gerecht und positioniert sich als kompetente Ansprechpartnerin für die Politik. ► Public Eye wird zudem die Freihandelsabkommen mit Indien und China weiter kritisch begleiten. Bei den laufenden Verhandlungen mit Indien werden wir uns in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften vor Ort für den Verzicht auf

stärkere Rechte auf geistiges Eigentum bei Medikamenten einsetzen. Bei der von Schweizer Unternehmen derzeit geforderten Erweiterung des FHA mit China wird Public Eye parlamentarische Vorstösse initiieren, um der Forderung nach griffigen Massnahmen gegen den Import von Produkten aus Zwangsarbeit Nachdruck zu verleihen.

Public Eye engagiert sich gegen Einschüchterungsklagen



Public Eye kämpft gegen die immer häufigeren Slapps und die negativen Auswirkungen dieser Praxis. Die Klagen sind ernst zu nehmen, und sie bedrohen die Meinungsfreiheit und die Demokratie.

Slapp steht für «strategic lawsuits against public participation» und ist gleichzeitig eine Anspielung auf den englischen Begriff «slap» – ein Schlag ins Gesicht. Der Begriff bezeichnet Gerichtsverfahren, mit denen Unternehmen oder Einzelpersonen versuchen, Medienschaffende und NGOs zum Schweigen zu bringen und zu verhindern, dass über Menschenrechtsverletzungen, Korruption oder Umweltschäden berichtet wird.

Das Phänomen ist weltweit auf dem Vormarsch, auch in der Schweiz. Seit 2018 sind rund ein Dutzend solcher Einschüchterungsklagen gegen NGOs eingereicht worden, mehrere davon werden dieses Jahr vor Gericht verhandelt. Deshalb haben Public Eye und andere Organisationen wie der Bruno Manser Fonds (verklagt von einer einflussreichen malaysischen Familie), Heks und Swissaid (im Rechtsstreit mit der Goldraffinerie Valcambi) im Juli 2023 in Bern die Schweizer Allianz gegen Slapps gegründet. Inzwischen gehören ihr fast 20 NGOs und mehrere Medienverbände an, die eine ähnliche Entwicklung beobachten.

Anti-Slapps-Gesetz nötig

Die Allianz will die Öffentlichkeit und die Politik für die negativen Auswirkungen sensibilisieren, die diese Praxis auf die Meinungsfreiheit und die Demokratie hat. Gleichzeitig unterstützt sie kleine Organisationen und unabhängige Journalist*innen, die Zielscheibe solcher ungerechtfertigten und zeitaufwendigen Angriffe werden. Ein Solidaritätsfonds wurde eingerichtet, um einen Teil der Prozesskosten zu decken. Die Mitglieder der Allianz wollen zudem ihre Erfahrungen bündeln, um in der Schweiz ein starkes Netzwerk des Widerstands aufzubauen.

Des Weiteren plädiert die Allianz für die Einführung gesetzlicher Bestimmungen, die solche Einschüchterungsklagen verhindern würden. In vielen Ländern wurden Anti-Slapps-Gesetze eingeführt oder diese werden diskutiert. Die EU bereitet zum Beispiel die Verabschiedung einer Richtlinie gegen Slapps vor. Bundesrat und Parlament müssen den Handlungsbedarf erkennen und gesetzgeberische Massnahmen ergreifen, um einen auf den Schweizer Kontext zugeschnittenen Mechanismus zu schaffen, mit dem missbräuchliche Beschwerden schneller erkannt und bearbeitet werden können. ■



Public Eye vor Gericht

Public Eye war in den letzten Jahren von zahlreichen Klagedrohungen und tatsächlichen Klagen betroffen. Darunter eine im letzten September in Zug eingereichte Zivilklage der Kolmar Group AG. Der Rohstoffhändler fordert von Public Eye und Trial International 1,8 Millionen US-Dollar Schadenersatz wegen angeblicher Persönlichkeitsverletzung. Die Klage folgte auf die Veröffentlichung eines Berichts im März 2020. Dieser deckte die Beteiligung des Unternehmens am Handel mit libyschem Diesel zwischen 2014 und 2015 auf, als das Land mitten im Bürgerkrieg steckte. In Bern ist zudem ein Strafverfahren gegen die Autor*innen des Berichts hängig.



Aller guten Dinge sind zwei!

Die EU wird diesen Frühling ein umfassendes Konzernverantwortungsgesetz verabschieden. Um sicher zu gehen, dass Bundesrat und Parlament nicht «vergessen», dass die Schweiz nun gleichziehen muss, bereitet die Koalition für Konzernverantwortung eine neue Volksinitiative vor und lanciert diese im Laufe des Jahres. Die Initiative soll verhindern, dass die Übernahme von EU-Spielregeln noch lange hinausgezögert werden kann.

Am 1. Juni 2023 hat das EU-Parlament seine Verhandlungsposition zum EU-weiten Konzernverantwortungsgesetz (auch EU-Lieferkettengesetz genannt) beschlossen. Kurz darauf begannen die sogenannten Trilog-Verhandlungen. Dabei mussten sich die drei Institutionen Parlament, Kommission und Ministerrat auf den definitiven Inhalt der Richtlinie einigen. Am 14. Dezember 2023 kam es zu einem solchen politischen Deal. Nun stehen diesen Frühling noch die Schlussabstimmungen im Rat und im Parlament an, um die Richtlinie formell zu bestätigen. Das Gesetz enthält nebst einer breiten Sorgfaltsprüfungspflicht auch einen wirksamen Durchsetzungsmechanismus: So ist eine Aufsichtsbehörde vorgesehen, die Bussen verhängen kann. Daneben muss jedes betrof-

fene Unternehmen für angerichtete Schäden seiner Tochterfirmen und in gewissen Fällen auch von Zulieferern haften. Zudem werden grosse Unternehmen dazu verpflichtet, ihre klimaschädlichen Emissionen zu reduzieren. Ein grosser Wermutstropfen bleibt dennoch: Der Finanzsektor hat zwar die gleichen Klimapflichten, ist jedoch bezüglich der nachgelagerten Wertschöpfungskette ausgenommen.

Neue Volksinitiative

Damit die Schweiz nicht zur Regulierungs-oase wird, ist es wichtig, zeitnah nachzuziehen. Aus diesem Grund haben die Mitgliedsorganisationen der Koalition für Konzernverantwortung – darunter auch Public Eye –





beschlossen, in diesem Jahr eine neue Volksinitiative zu lancieren. Gemeinsam fordern wir eine auf die Schweizer Gegebenheiten angepasste Umsetzung der EU-Richtlinie. Public Eye beteiligt sich dabei aktiv an der Ausarbeitung des Initiativtextes.

Der Gegenentwurf zur 2020 knapp verworfenen Konzernverantwortungsinitiative, der im Januar 2021 in Kraft trat, ist eine Alibigesetzgebung, die weit hinter den europäischen Anforderungen zurückbleibt. Sie bringt für die von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen Betroffenen nicht die notwendigen Verbesserungen mit sich. Wir müssen den Bundesrat

darum an seine Versprechen aus der Abstimmungskampagne erinnern, sich an die Entwicklungen auf EU-Ebene anzupassen. Dies gilt umso mehr, als die Schweiz pro Kopf weltweit die meisten multinationalen Konzerne beherbergt. ■

Ausblick

- In Anbetracht der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen in globalen Wertschöpfungsketten werden wir uns auch 2024 für eine Konzernregulierung in der Schweiz einsetzen. Dazu recherchieren und veröffentlichen wir Missstände im Umfeld von Schweizer Konzernen im Rohstoffsektor, im Agrarhandel sowie in der Textil-, Chemie- und Pharmabranche.
- Wir unterstützen die Lancierung einer neuen Volksinitiative und fordern eine auf die Schweizer Gegebenheiten angepasste Umsetzung der EU-Richtlinie.

Vielfältig engagierte Regionalgruppen

Public Eye lebt vom aktiven Engagement vieler. Auch im Jahr 2023 haben die zehn Regionalgruppen (Regrus) in der Deutsch- und Westschweiz die Anliegen von Public Eye vielseitig und kreativ in ihre Regionen getragen.

Die ehrenamtlich Engagierten haben im letzten Jahr unsere Kampagnen auf die Strasse in die breite Öffentlichkeit getragen – im Frühling die #StoppKohle- und im Herbst die Flugmode-Kampagne. Die kreativen Aktionen reichten vom Sammeln von Unterschriften als kohleverschmutzte Banker*innen über Kreideaktionen und Glücksräder bis hin zu Fotoausstellungen.

Darüber hinaus engagierten sich die Regrus in der Deutschschweiz mit vielfältigen weiteren Events – viele in Kollaboration mit anderen Akteur*innen. So organisierte die Regru Aargau mit lokalen Freiwilligengruppen einen Film-



© Regionalgruppe Genf

© Regionalgruppe Waadt

© Regionalgruppe Zürich

© Regionalgruppe Bern/Martin/Bielsee



abend zum Klimawandel, die Regru Basel vertiefte sich mit Expert*innen in das Thema Hochseeschiffahrt, die Regru Bern holte die Wanderausstellung zum Thema Saatgut nach Bern und bezog diverse Akteur*innen in das bunte Rahmenprogramm ein. Die Regru Ostschweiz entwickelte ein mobiles Informationsvelo, das sie mit anderen Organisationen teilt, die Regru Winterthur führte zusammen mit den Klimagrosseltern Strassenaktionen durch, die Regru Zentralschweiz behandelte das Thema Tourismus an einem Anlass mit fünf lokalen Organisationen, und die Regrus Bern und Waadt veranstalteten gemeinsam einen Filmabend zum Rohstoffhandel. Die Regru Zürich hat mit der Wiederaufnahme des Finanzplatz-Stadtrundgangs und der Gründung einer Saatgut-Projektgruppe neuen Schwung aufgenommen. Zudem haben sich zahlreiche Regru-Mitglieder Public Eye an der nationalen Klimademo vom letzten September angeschlossen.

Auch letztes Jahr haben die Regrus Themen von Public Eye in diverse lokale Veranstaltungen wie Festivals, Kleidertauschbörsen und Hochschulveranstaltungen eingebracht. Wir danken unseren Regru-Mitgliedern von ganzem Herzen für ihr wertvolles Engagement! ■

Freiwilligenarbeit bei Public Eye in Zahlen

Freiwillige	Anzahl Personen	Anzahl Stunden
Freiwillige Mitarbeitende im Büro	4	12
Schulbesuchende (inkl. Koordination)	42	2100
Vorstand	13	1004
Regionalgruppen	214	7644
Total	273	10760

Mitmachen

Lust, bei Public Eye als Freiwillige*r mitzumachen?

Kontakt Deutschschweiz: regrus@publiceye.ch,
Tel. 044 2 777 999 (Annuscha Wassmann-Tomura)

Kontakt Suisse romande: regional@publiceye.ch,
Tel. 021 620 03 03 (Aline von Mühlönen)

Infos: publiceye.ch/regionalgruppen

Eine Auswahl vergangener Regru-Aktivitäten finden Sie auf publiceye.ch/events.



Public Eye im Klassenzimmer

Kleider, Handy, Schoggi oder Orangensaft: Mit diesen Alltagsthemen sensibilisierten Freiwillige rund 700 Schüler*innen für Fragen der globalen Gerechtigkeit. Unser Schulbesuchsangebot wollen wir aber noch bekannter machen.

Das im Vorjahr aufgestockte Schulbesuchsteam kam 2023 in der ganzen Deutschschweiz zum Einsatz. Unsere engagierten Freiwilligen führten mit viel Schwung 42 meist halbtägige Schulbesuche durch. Um unser Schulbesuchsangebot noch breiter zu verankern, haben wir die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt: in unseren eigenen Publikationen und Kommunikationskanälen, durch direkten Kontakt mit Schulen und mittels Kleininseraten in Fachmagazinen für Lehrpersonen.

Letztes Jahr stiess Jasmin Bärtschi zu unserem Team und unterstützt uns im administrativen Bereich. Um die Schulbesuche noch reibungsloser abzuwickeln, haben wir Prozesse optimiert und gewisse Abläufe digitalisiert. Zudem ergänzten und überarbeiteten wir unsere Themendossiers, insbesondere dasjenige zu Schoggi. Dabei erhielten wir wertvolle Inputs durch unsere Fachexpert*innen.

Wir danken unseren freiwilligen Schulbesucher*innen von ganzem Herzen für ihren engagierten Einsatz! ■



Das Schulbesuchsteam am Jahrestreffen im November 2023 in Zürich.

Möchten Sie interessierte Lehrpersonen auf unser Schulbesuchsangebot aufmerksam machen?

Das freut uns! Hier können Sie Schulbesuchsflyer bestellen: schulbesuch@publiceye.ch

Informationen zu den Schulbesuchen finden Sie auf unserer Website: publiceye.ch/schulbesuch



Wir müssen reden: der engagierte Podcast von Public Eye

Wo Konzerne oft lieber im Verborgenen agieren, schaut Public Eye genau hin. Das ist auch das Ziel unseres Podcasts «Wir müssen reden. Public Eye spricht Klartext», den wir im Januar 2022 lanciert haben. In kurzer Zeit hat das neue Format sein Publikum gefunden.

Zwei Jahre nach dem Start unseres Podcasts ist die Bilanz mit 3000 bis 4000 regelmässigen Zuschauer*innen und Hunderttausenden von Views auf Youtube sehr positiv. Er wurde sogar für die Suisse Podcast Awards nominiert, und die Begeisterung für diese Art von Inhalten wächst in der Schweiz stetig.

Produziert wird in ehrgeizigem Tempo: Jeden Monat veröffentlichen wir zwei rund 20-minütige Episoden in zwei Sprachen, seit Januar 2022 also bereits über 70 Episoden. Der Video-Podcast ist ein ideales Format, um die Hintergründe einer Recherche von Public Eye – beispielsweise über Dubais Aufstieg im russischen Ölhandel – zu erzählen. Aber auch, um wichtige Themen

mit Bezug zur Schweiz zu beleuchten, das bittersüsse Erbe ihrer Schoggi etwa. Am Mikrofon: Fachleute und Journalist*innen unserer Organisation sowie Gäste mit unterschiedlichem Hintergrund, welche die Fragen unserer Moderatoren Nico Meier und Damian Veiga mit Herzblut beantworten.

Wir freuen uns über den Erfolg und arbeiten nun kontinuierlich daran, die Qualität der Episoden zu verbessern und den Podcast noch bekannter zu machen. ■

Abonnieren Sie unseren Podcast
«Wir müssen reden»: publiceye.ch/podcast

Organisation

ORGANE UND STRUKTUR

Verantwortung und Entscheidungen

Public Eye ist ein Verein mit flachen Hierarchien, in dem Partizipation und Konsensentscheidungen einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die Geschäftsleitung besteht aus einem vierköpfigen Kollektiv. Die politische Abteilung wird von Christa Luginbühl (Schwerpunkte Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit) und Angela Mattli (Schwerpunkte Rohstoffe – Handel – Finanzen) geleitet. Für die Abteilung Kommunikation und Marketing ist Christian Engeli verantwortlich, Ursula Baumgartner seit August 2023 für die Abteilung Mitgliederservice, Finanzen und Administration.

Ein starkes Team

Per Ende 2023 arbeiteten in den beiden Geschäftsstellen Zürich und Lausanne 40 festangestellte Personen (alle Teilzeit). Eine Stelle war zu diesem Zeitpunkt unbesetzt. Hinzu kommen befristete Angestellte sowie zwei Freiwillige, welche die Schulbesuche koordinieren (*gesamte Teamzusammensetzung siehe Seiten 40 und 41*). Für die Mitarbeitenden von Public Eye gilt ein Gesamtarbeitsvertrag, der mit der Gewerkschaft VPOD erarbeitet und im Jahr

2023 neu verhandelt wurde. Die Interessen der Mitarbeitenden werden durch eine Personalkommission gegenüber Geschäftsleitung und Vorstand vertreten.

Engagierter Vorstand

Die strategische Führung von Public Eye wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die 13 Vorstandsmitglieder sind Sachverständige für verschiedene Gebiete mit Bezug zur Tätigkeit des Vereins, insbesondere in den Bereichen Finanzen und Personal. Gemäss Statuten sind die deutsche und die französisch-italienische Sprachregion sowie die Geschlechter mit je mindestens vier Mitgliedern im Vorstand vertreten (*siehe Seite 39*). 2023 hielt der Vorstand fünf ordentliche Sitzungen ab. Insgesamt engagierte er sich während 1004 Stunden ehrenamtlich. ■

Organigramm

(Stand Dezember 2023)

GENERALVERSAMMLUNG

VORSTAND: 13 Mitglieder CO-PRÄSIDIUM: Alessia Jemetta und Fred Sommer

KOLLEKTIVE GESCHÄFTSLEITUNG

Politische Abteilung

Angela Mattli

Rohstoffe – Handel – Finanzen

Christa Luginbühl

Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit

Abteilung Kommunikation & Marketing

Christian Engeli

Abteilung Mitgliederservice, Finanzen & Administration

Ursula Baumgartner

15 Mitarbeitende

13 Mitarbeitende

9 Mitarbeitende

Public Eye hat Büros in Lausanne und Zürich, die gemeinsam auch die Mitglieder und Spender*innen im Tessin betreuen. Zehn Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam führen zahlreiche Aktivitäten ehrenamtlich durch. Zusätzlich engagieren sich Freiwillige in den beiden Büros. ■

Generalversammlung

Public Eye rüstete sich an der Generalversammlung vom 10. Juni 2023 in Bern für die Zukunft: mit der Wahl von neuen Vorstandsmitgliedern und einer Statutenänderung.

Juristische Auseinandersetzungen gehören heute zum Alltag in der Arbeit von Public Eye. An der mit rund 200 Personen gut besuchten Versammlung stellte der Vorstand deshalb den Antrag für eine Statutenänderung: Public Eye soll sich auch mit juristischen Mitteln für die Wahrung von Menschenrechten einsetzen können. Der Antrag wurde mit grossem Mehr angenommen. Die Versammlung wählte zudem gleich vier neue Vorstandsmitglieder: Sarah Burgess, Fabrice Lauper, Philipp Meyer und Jan Tschannen. Nach einigen Abgängen ist das oberste Gremium von Public Eye nun wieder breit aufgestellt.

Eine öffentliche Podiumsdiskussion unter dem Titel «Slapp – Ein Schlag ins Gesicht von NGOs und Medien» brachte am Nachmittag spannende Erkenntnisse. Slapps bezeichnen Gerichtsverfahren, deren einziger Zweck es ist, investigative Medienschaffende und NGOs einzuschüchtern (*siehe Seite 26*). ■



Vorstand

Co-Präsidium

- ▶ **Alessia Jemetta**, Ausbildung in Pflegewissenschaft, Pflegefachfrau für psychische Gesundheit in Bern. Im Vorstand seit 2018, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen. Co-Präsidentin seit 2022.
- ▶ **Fred Sommer**, Master in Public Administration, selbstständiger Konsultent für Finanzmanagement, Rechnungsprüfung, Beratung und Coaching. Im Vorstand seit 2015, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen. Co-Präsident seit 2022.

Vizepräsidium

- ▶ **Zineb Benkhelifa**, lic. phil. I. (Islamwissenschaft), Beauftragte der Stadtpräsidentin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Zürich. Im Vorstand seit 2015.
- ▶ **Christophe Siegenthaler**, Volkswirtschaftler, Dienstchef im Bundesamt für Statistik. Im Vorstand seit 2012, Mitglied der Finanzkommission.

Weitere Vorstandsmitglieder

- ▶ **Sarah Burgess**, Rechtsanwältin, MLaw, Juristin im EDA. Im Vorstand seit 2023, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- ▶ **Claudia Frick**, lic. iur., Ausbildung in Menschenrecht, Juristin am Centre Social Protestant Vaud seit 2002. Im Vorstand seit 2016.
- ▶ **Aline Gavillet**, Sozialarbeiterin im CHUV, Präventions- und Unterstützungsprogramm betreffend den Gebrauch von Psychopharmaka im Jugendalter. Im Vorstand seit 2020.
- ▶ **Beata Hochstrasser**, lic. phil. I., Management Non-Profit-Bereich. Im Vorstand seit 2016, Mitglied der Finanzkommission.
- ▶ **Thomas König**, Prof. Dr. sc. nat., Dozent und Arbeitsgruppenleiter an der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bern. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Fabrice Lauper**, Master in Physik, Technologieberater beim IKRK. Im Vorstand seit 2023.
- ▶ **Yann Lenggenhager**, ehemaliger IKRK-Delegierter Mittlerer Osten und Nordafrika, Geschichtslehrer in Zürich, Menschenrechtsaktivist. Im Vorstand seit 2020.
- ▶ **Philipp Meyer**, Elektroingenieur BFH, MAS Management, Technologie und Ökonomie ETH, Unternehmensentwicklung bei SBB Energie. Im Vorstand seit 2023.
- ▶ **Jan Tschannen**, MAS Entwicklung und Zusammenarbeit und Theologe. Programmverantwortlicher Östliches Afrika einer Entwicklungsorganisation und Pfarrer in Aegerten BE. Im Vorstand seit 2023.

*Ein Foto des Vorstands finden Sie auf der Seite 38, oben.
Es fehlen: Alessia Jemetta und Thomas König.*

Team

Stand 31.12.2023

FACHABTEILUNGEN (1290 Stellenprozente)

- › **Manuel Abebe**, Recherchen und Kampagnen (ZH)*
- › **Robert Bachmann**, Rohstoffe und Finanzen (ZH)
- › **Florian Blumer**, Recherchen und Reportagen (ZH)
- › **Thomas Braunschweig**, Handelspolitik (ZH)
- › **Adrià Budry Carbó**, Recherchen Rohstoffe und Korruption (LS)
- › **Anina Dalbert**, Juristin Wirtschaft und Menschenrechte (ZH)
- › **Britta Delmas**, Financial Analyst – Rohstoffe und Finanzen (ZH)
- › **Agathe Duparc**, Recherchen Rohstoffe und Korruption (LS)
- › **Patrick Durisch**, Gesundheitspolitik (LS)
- › **Laurent Gaberell**, Landwirtschaft und Ernährung (LS)
- › **David Hachfeld**, Clean Clothes Campaign (ZH)
- › **Gabriela Hertig**, Gesundheitspolitik (ZH)
- › **Carla Hoinkes**, Landwirtschaft und Ernährung (ZH)
- › **Silvie Lang**, Soft Commodities (ZH)
- › **Christa Luginbühl**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Angela Mattli**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Elisabeth Schenk**, Clean Clothes Campaign (ZH)

KOMMUNIKATION & MARKETING (1240 Stellenprozente)

- › **Ariane Bahri**, Magazin und Publikationen (LS)
- › **Jasmin Bärtschi**, Social Media, Online-Kommunikation (ZH)
- › **Roman Bolliger**, Marketing und Fundraising (ZH)
- › **Oliver Classen**, Mediensprecher (ZH)
- › **Christian Engeli**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Maxime Ferréol**, Übersetzung und Redaktion (LS)
- › **Floriane Fischer**, Online-Kommunikation (LS)
- › **Daphne Grossrieder**, Online-Kommunikation (ZH)
- › **Rebekka Köppel**, Online-Kommunikation (ZH)
- › **Aline von Mühlennen**, Koordination Freiwilligenarbeit und Fundraising (LS)
- › **Kaya Pawlowska**, Social Media, Online-Kommunikation (LS)
- › **Romeo Regenass**, Magazin und Publikationen (ZH)
- › **Chantal Sierrro**, Projektfinanzierung und Nachlässe (ZH)
- › **Géraldine Viret**, Mediensprecherin (LS)
- › **Annuscha Wassmann-Tomura**, Koordination Freiwilligenarbeit (ZH)

KOORDINATION SCHULBESUCHE (Freiwillige)

- › **Florian Duss** und **Eva Sutter** (ZH)

FINANZEN & ADMINISTRATION (610 Stellenprozente)

- › **Ursula Baumgartner**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Cornelia Celio**, Buchhaltung und Personaladministration (ZH)
- › **Lupe Esteves**, Buchhaltung und Datenpflege (ZH)
- › **Nina Karl**, Assistentin Administration (ZH)
- › **Sibylle Müller**, Mitgliederservice und Administration (LS)
- › **Silvia Ramseier**, Mitgliederservice und Administration (ZH)
- › **Sasha Roderer**, Mitgliederservice und Administration (ZH)
- › **Juliana Roza**, Assistentin Administration (LS)
- › **Danielle Schoenenberger**, Mitgliederservice und Administration (LS)

AUSTRITTE 2023

- › **Baptiste Corthay**, Buchhaltung, Personaladministration und Informatik (LS)
- › **Andrea Hüssler**, Administration Freiwillige (ZH)*
- › **Cynthia Illi**, Online-Kommunikation (LS)*
- › **David Mühlemann**, Rohstoffe und Finanzen (ZH)
- › **Alessandra Silauri**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (LS)

Public Eye dankt allen Mitarbeitenden, welche die Organisation im Jahr 2023 verlassen haben, herzlich für ihren wertvollen Beitrag und ihr Engagement.

* Befristete Stellen

Fotokonzert

Public Eye mittendrin

Auch im Jahr 2023 haben die Mitarbeitenden von Public Eye viel Engagement und Herzblut in ihre Arbeit gesteckt. Symbolisch zeigen wir deshalb in diesem Jahresbericht, wie die Mitarbeitenden direkt in und an den Texten arbeiten. Jede Szene spiegelt ein Thema wider, mit dem wir uns im Jahr 2023 beschäftigt haben.

Wenn nicht anders angegeben, wurden die Bilder des Jahresberichts von der Fotografin Marion Nitsch in Zusammenarbeit mit der Grafikdesignerin Karin Hutter aufgenommen.

Leider konnten die Teammitglieder Oliver Classen, Anina Dalbert, Florian Duss, Floriane Fischer, Carla Hoinkes, Angela Mattli und Géraldine Viret nicht fotografiert werden.

Danke von ganzem Herzen

Seit 56 Jahren setzen sich Menschen mit Public Eye für globale Gerechtigkeit ein: Diese Beharrlichkeit und dieses Engagement haben Public Eye zu einer starken Stimme in der Schweizer Zivilgesellschaft gemacht. Herzlichen Dank dafür!

Über 29 000 Mitglieder geben uns das notwendige Gewicht in der politischen Auseinandersetzung. Zusammen mit den vielen Spender*innen ermöglichen sie unsere Recherchen und Kampagnen.

Unsere Dankbarkeit geht auch an die Menschen, die uns ausserordentlich grosszügige Spenden anvertraut oder uns in ihrem Testament berücksichtigt haben und so die Umsetzung zusätzlicher Projekte ermöglichen. Weitere Informationen zum Thema Nachlass finden Sie auf unserer Website: publiceye.ch/legate.

Zudem haben folgende Stiftungen, Kirchgemeinden und andere Organisationen uns im Jahr 2023 Beiträge ab 10 000 Franken zukommen lassen: Alfred Richterich Stiftung, Däster-Schild Stiftung, Fondation Salvia, Infomaniak, OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchgemeinde Bern, Provinzialat Schweizer

Kapuziner, Stiftung Corymbo und weitere, die nicht namentlich genannt werden möchten. Auch ihnen danken wir herzlich für das Vertrauen in unsere Arbeit.

Gespendete Zeit

Bei Public Eye engagieren sich ausserdem zahlreiche Freiwillige: Motivierte Mitglieder von zehn Regionalgruppen und einem Schulbesuchsteam tragen unsere Anliegen auf die Strasse und in die Schulzimmer. Die 13 Vorstandsmitglieder von Public Eye sind ebenfalls ehrenamtlich tätig. Für dieses grosse Engagement und die gespendete Zeit sind wir sehr dankbar.

Auch im Jahr 2024 werden wir uns beharrlich für unsere Mission einsetzen: Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns. Wir hoffen, dass wir dabei erneut auf grosse Unterstützung zählen dürfen. ■

Jahresrechnung 2023

RECHNUNGSLEGUNG 2023 NACH OR UND SWISS GAAP FER

Kommentar zur Jahresrechnung

Dank Ihrer Solidarität konnte Public Eye im Jahr 2023 einen Gesamtertrag von knapp über 6,7 Millionen Franken verzeichnen, 7,6 % mehr als im Vorjahr. Inzwischen verfügt unser Verein über mehr als 29 000 Mitglieder. Da wir aufgrund einer Zivilklage gegen Public Eye Rückstellungen bilden, schliessen wir dennoch mit einem negativen Jahresergebnis von 487 563 Franken ab.

Der Ertrag durch Mitgliederbeiträge ist um 5,7 % gestiegen und betrug insgesamt rund 2,14 Millionen Franken. Der Spendenertrag fiel um 3,2 % tiefer aus als im Jahr 2022 und belief sich auf rund 3,1 Millionen Franken. 2023 erhielten wir Legate in der Höhe von 707 479 Franken. Die Projekterträge machten 806 144 Franken aus. Dies sind rund 15 000 Franken mehr als im Vorjahr. Der Personal- und der Betriebsaufwand stiegen im Vergleich zum Jahr 2022 an. Das Fondskapital – hauptsächlich aus projektgebundenen Geldern von Stiftungen und Institutionen bestehend – wurde vollständig ausgeschöpft und wies Ende 2023 einen Saldo von 0 Franken auf.

Zunehmender Druck auf NGOs

Die Klage der Kolmar Group AG gegen Public Eye (*siehe Seite 27*) schlägt sich neben einem grossen personellen Aufwand auch in unserer Jahresrechnung nieder. Aus Vorsichtsüberlegungen haben wir für einen Teil der eingeklagten Summe sowie für Anwaltskosten Rückstellungen gebildet. Dieser Fall zeigt, wie wichtig es für uns ist, eine solide Kapitalbasis zu haben, um dem zunehmenden Druck auf NGOs auch finanziell Stand zu halten. Das Organisationskapital nach Abschluss des Geschäftsjahres beläuft sich auf rund 4,03 Millionen Franken und verzeichnet somit eine Abnahme von knapp 500 000 Franken. ■

Bilanz

Aktiven	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Umlaufvermögen					
Flüssige Mittel	2 402 659	44	1 952 234	38	23
Forderungen ¹	558 085	10	560 078	11	0
Vorräte	3 876	0	2 878	0	35
Aktive Rechnungsabgrenzung ²	198 718	4	303 194	6	-34
Total Umlaufvermögen	3 163 338	58	2 818 384	55	12
Anlagevermögen					
Finanzanlagen ³	2 032 615	37	2 008 917	39	1
Mietkaution	42 413	1	42 380	1	0
Sachanlagen und immaterielle Werte	183 158	3	244 372	5	-25
Total Anlagevermögen	2 258 186	42	2 295 669	45	-2
Total Aktiven	5 421 523	100	5 114 053	100	6
Passiven					Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Kurzfristiges Fremdkapital					
Verbindlichkeiten ⁴	309 377	6	265 874	5	16
Kurzfristige Rückstellungen ⁶	80 500	1	0	0	
Passive Rechnungsabgrenzung	73 825	1	60 050	1	23
Passive Rechnungsabgrenzung Ferien/Überzeit ⁵	204 134	4	272 380	6	-25
Total kurzfristiges Fremdkapital	667 836	12	598 304	12	12
Langfristige Rückstellungen⁶	725 500	13	0	0	
Total Fondskapital	0	0	0	0	0
Total Fremdkapital und Fondskapital	1 393 336	26	598 304	12	133
Organisationskapital					
Gebundenes Kapital für den Sozialplan	704 000	13	700 000	14	1
Gebundenes Kapital für Personal	976 000	18	980 000	19	0
Gebundenes Kapital für Projekte ⁷	1 234 864	23	934 864	18	32
Gebundenes Kapital für Legateausgleich ⁷	0	0	500 000	10	-100
Freies Kapital	1 113 323	21	1 400 886	27	-21
Total Organisationskapital	4 028 187	74	4 515 750	88	-11
Total Passiven	5 421 523	100	5 114 053	100	6

Betriebsrechnung

Ertrag	2023		2022		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
Spenden ⁸	3 094 017	46	3 195 605	51	-3
Legate	707 479	10	260 865	4	171
Mitgliederbeiträge ⁸	2 135 010	32	2 020 500	32	6
Projektertrag	806 144	12	790 769	12	2
Übriger Ertrag	27 291	0	23 239	1	17
Total Ertrag	6 769 940	100	6 290 978	100	8
Aufwand	2023		2022		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
Projektaufwand					
Personalaufwand ⁹	-3 346 287	49	-3 135 701	50	7
Sachaufwand	-1 984 347	29	-1 442 580	23	38
Total Projektaufwand	-5 330 634	79	-4 578 281	73	16
Fundraising- und allg. Werbeaufwand					
Personalaufwand ⁹	-317 127	5	-291 299	5	9
Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung ¹⁰	-766 651	12	-661 499	10	16
Total Fundraising- und allg. Werbeaufwand	-1 083 777	16	-952 798	15	14
Administrativer Aufwand					
Personalaufwand ⁹	-677 956	10	-569 772	9	19
Betriebsaufwand	-203 054	3	-246 891	4	-18
Total administrativer Aufwand	-881 010	13	-816 663	13	8
Total Aufwand	-7 295 422	108	-6 347 742	101	15
Ergebnis aus Betriebstätigkeit	-525 481	8	-56 763	-1	826

	2023		2022		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Finanzerfolg¹¹	10 482	0	-119 532	-2	-109
Total ausserordentliches Ergebnis	27 437	0	0	0	
Ergebnis vor Veränderung des Fondskapitals	-487 563	7	-176 295	-3	-182
Veränderung zweckgebundene Fonds	0	0	0	0	0
Jahresergebnis (vor Verwendung/Zuweisung Organisationskapital)	-487 563	7	-176 295	-3	-182
Veränderung Organisationskapital					
Veränderung gebundenes Kapital	200 000	-3	50 000	1	300
Veränderung freies Kapital	287 563	-4	126 295	2	128
	0		0		0

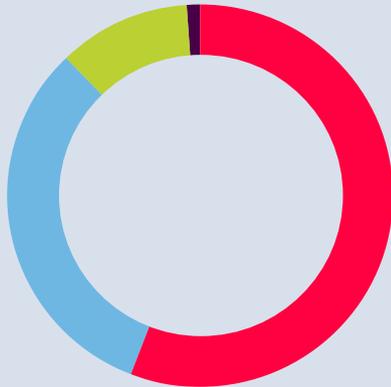
Anmerkungen zu Bilanz und Betriebsrechnung

- ¹ Die Forderungen enthalten Arbeitgeberbeitragsreserven bei der Pensionskasse von 553 370 Franken.
- ² In der aktiven Rechnungsabgrenzung sind noch nicht erhaltene Erträge von rund 100 000 Franken enthalten, die das Jahr 2023 betreffen.
- ³ Public Eye hält Aktien als Instrument zur Einflussnahme an der Generalversammlung der von uns kritisierten Firmen oder als Unterstützung von Firmen, die durch uns mitgegründet wurden. Zudem hat Public Eye

- einen Teil des Vereinskapitals in Anlagen investiert, die unseren Werten entsprechen.
- ⁴ Dies sind betriebsübliche, noch nicht bezahlte Kreditoren.
 - ⁵ Durch eine neue Überstunden- und Ferienregelung wurde diese Rückstellung reduziert.
 - ⁶ Für hängige Klagen und Personalkosten wurden Rückstellungen gebildet.
 - ⁷ Der Legatefonds wurde in den Projektfonds überführt.
 - ⁸ Die Spenden- und Mitgliederbeiträge nahmen um rund 13 000 Franken zu. Der Vergleich wird dieses Jahr aufgrund der

- Umstellung der Berechnung der Mitgliederbeiträge nur kumuliert gemacht.
- ⁹ Höhere Lohnkosten entstanden infolge des zum ersten Mal ausbezahlten halben 13. Monatslohns.
 - ¹⁰ Die Kosten sind höher, da mehr in die Mitgliedererwerb investiert wurde. Der positive Einfluss auf die Einnahmen wird sich erfahrungsgemäss auf mehrere Jahre verteilen.
 - ¹¹ Durch eine leichte Marktwertsteigerung unserer Finanzanlagen verzeichneten wir einen nicht realisierten Gewinn.

Ertrag



- 55 % Spenden und Legate
- 32 % Mitgliederbeiträge
- 12 % Projektertrag
- 1 % Übriger Ertrag

Public Eye finanzierte sich im Jahr 2023 zu 87 % aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten. Der grösste Teil der Projektfinanzierungen stammte von Stiftungen, Kirchengemeinden, Organisationen und öffentlichen Institutionen. Der übrige Ertrag stammte von Erlösen aus Honoraren und Projektdienstleistungen.

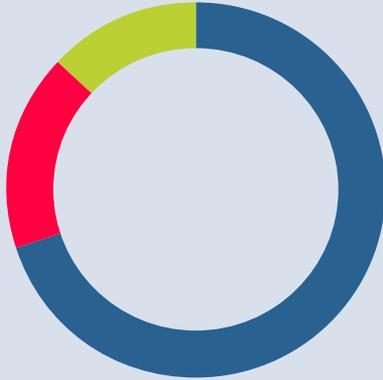
Spenden und Mitgliederbeiträge



- Legate
- Spenden
- Mitgliederbeiträge

Die Einnahmen aus Spenden und Mitgliederbeiträgen stiegen gegenüber dem Vorjahr nur gering (0,25 %). Angesichts der unsichereren Wirtschaftslage und der Teuerung ist das Resultat dennoch erfreulich. Dankbar sind wir für die überdurchschnittlichen Legatseingänge, die wir im letzten Jahr entgegennehmen durften.

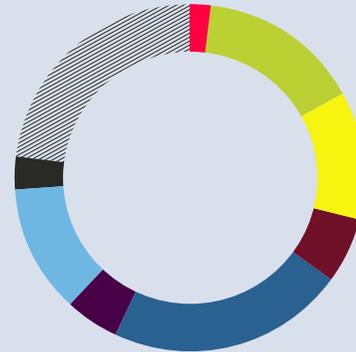
Aufwand



- 73 % Projektaufwand
- 15 % Fundraising- und allgemeiner Werbeaufwand
- 12 % Administrativer Aufwand

73 % (Vorjahr 72 %) des Aufwands (inkl. Personal) flossen in die Projektarbeit. Der administrative Aufwand betrug 12 % (Vorjahr 13 %) und die Ausgaben für die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung 15 % (Vorjahr 15 %).

Projektaufwand



- 2 % Handelspolitik
- 15 % Landwirtschaft und Ernährung
- 12 % Gesundheit
- 6 % Finanzen und Steuern
- 22 % Rohstoffe
- 5 % Agrarrohstoffe
- 12 % Clean Clothes Campaign
- 3 % Konzernverantwortung
- 23 % Programmübergreifende Projektarbeit

Vom Projektaufwand von 5 330 634 Franken (inkl. Personalaufwand) entfielen 23 % auf die programmübergreifende Projektarbeit und 22 % auf die Recherchen im Bereich Rohstoffe (u. a. zu Kohle). Für den Bereich Landwirtschaft und Ernährung wurden 15 % des Projektaufwandes verwendet. Die Höhe der Projektaufwendungen hängt von den gewählten Kampagnen ab und widerspiegelt nicht die Themengewichtung.

Revisionsbericht zur kompletten Jahresrechnung

Bei der auf den Seiten 45 bis 47 dargestellten Bilanz und Betriebsrechnung handelt es sich um einen Auszug beziehungsweise um eine gekürzte Fassung der Jahresrechnung 2023. Die komplette Rechnung 2023 wurde von der BDO AG geprüft.

Die komplette Jahresrechnung nach OR und SWISS GAAP FER kann unter publiceye.ch/jahresrechnung heruntergeladen oder bestellt werden.

Kontakt: 044 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision
an die Generalversammlung des

Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, Bern

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung, Geldflussrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals und Anhang) des Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern für das am 31. Dezember 2023 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. In Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER Z1 unterliegen die Angaben im Leistungsbericht keiner Prüfungspflicht der Revisionsstelle.

Für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER, den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt und nicht dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht.

Ohne unsere Prüfungsaussage einzuschränken, machen wir auf Anmerkung 5.2 im Anhang der Jahresrechnung aufmerksam, in der eine wesentliche Unsicherheit hinsichtlich eines Gerichtsverfahrens dargelegt ist. Der definitive Ausgang des Verfahrens ist derzeit offen, weshalb für möglicherweise resultierende Verpflichtungen nur teilweise Rückstellungen gebildet worden sind.

Zürich, 1. Februar 2024

BDO AG

Marco Beffa

Zugelassener Revisionsexperte

ppa. Christine Gundi

Leitende Revisorin

Zugelassene Revisionsexpertin

Public Eye – Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern

Public Eye wurde 1968 als «Erklärung von Bern» gegründet und basiert auf dem gleichnamigen «Manifest über die Schweiz und die Entwicklungsländer». Der Vision ihrer Gründerinnen und Gründer – die Bekämpfung der Ursachen der Armut – ist Public Eye bis heute treu geblieben.

Wenn Unternehmen im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, schaut Public Eye genau hin. Mit unseren exklusiven und umfassenden Recherchen decken wir Missstände auf, die ihren Ursprung in der Schweiz haben. Wir recherchieren hartnäckig, enthüllen Korruption sowie illegale und illegitime Wirtschaftspraktiken, die Menschen in anderen Ländern schaden. Dabei halten wir uns an journalistische Prinzipien und Qualitätsstandards bei Faktenprüfung und Quellenschutz.

Die fundierten Recherchen und Analysen von Public Eye legen nicht nur Missstände offen, sie haben immer auch zum Ziel, diese zu beseitigen. Deshalb richten wir uns mit Kampagnen an Unternehmen und die Politik, und das national und international. Public Eye sucht dabei das

Gespräch, konfrontiert und setzt sich hartnäckig für Verbesserungen ein. Wir haben ein tiefes Wissen in unseren Dossiers und verfolgen unsere Ziele langfristig und ausdauernd.

Für Recherchen und Kampagnen arbeitet Public Eye mit Nichtregierungsorganisationen und Betroffenen zusammen. Wir engagieren uns in internationalen Netzwerken, um unsere Ziele gemeinsam zu erreichen. ■

► Mehr Informationen: publiceye.ch



Seit über 50 Jahren setzt sich Public Eye dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Mit Recherchen, Kampagnen und der Unterstützung unserer 29 000 Mitglieder engagieren wir uns in der Schweiz für faire Wirtschaftsbeziehungen. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Public Eye

Dienersstrasse 12 | Postfach | 8021 Zürich

+41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch

Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

publiceye.ch

 publiceye_ch

 @PublicEye

 @publiceye_ch

 @publiceye.ch

 @publiceye_ch

 @publiceye.ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye